



Warum die Opfer des Islam-Terrors in Deutschland kein Gesicht bekommen sollen



Versuche von

Bürgern, der Opfer zu gedenken. Die Politik verhindert bislang eine offizielle Gedenkstelle (c) David Berger

Als Innenminister Thomas de Maizière nach dem furchtbaren IS-Massaker auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin die Devise ausgab: „Wir werden mit dem Terror leben müssen“, war das nicht nur so dahingesagt. Nein, es war eine Zusammenfassung dessen, was man bisher auf Seiten der Regierung im Hinblick auf den unter dem Etikett „Flüchtlinge“ ins Land geholten islamischen Terror getan hat und in Zukunft zu tun gedenkt. Wie bereits zuvor bei den anderen Übergriffen des Allahu-Akbar-Terrors war nun endgültig klar: Über den ideologischen Hintergrund der Täter wird so lange irgend möglich geschwiegen, wie auch bezüglich

des Ausmaßes des Attentats nur so viel zugestanden wird, wie unbedingt nötig ist.

Überhaupt nicht vorkommen dürfen die Opfer des Terrors. Viele fragten sich ja bereits im letzten Sommer bei dem [Axt-Massaker](#) durch einen islamischen Asylanten in einer Regionalbahn in Nordbayern, warum Merkel oder ein anderer führender Politiker die aus Asien stammenden schwer verletzten Opfer und ihre Angehörigen nicht einmal im Krankenhaus besuchte. Dass sie irgendwann sang- und klanglos aus Deutschland verschwanden, war einigen wenigen Medien dann noch eine kleine Meldung wert.

So passt es nun so gar nicht ins Konzept der Beschwichtigungshofräte am Hofstaat Merkels, dass sich jetzt vermehrt die Opfer des [Terroranschlags vom Breitscheidplatz](#) in Berlin zu Wort melden. Und mit einem Bericht des „Tagesspiegel“ von diesem Wochenende sogar [zum ersten mal](#) etwas Gehör in den deutschen Mainstreammedien finden.

Dort lesen wir:

Nach dem Terroranschlag vom Breitscheidplatz wird immer mehr Kritik am Umgang mit den Opfern laut. Angehörige beklagen eine „mangelnde Trauerkultur“ durch den Bund und das Land Berlin. Während viele Einwohner und Touristen mit Blumen und Kerzen am Breitscheidplatz noch immer große Anteilnahme bekunden, sei von den Regierenden nur zu hören, dass man möglichst schnell zur Normalität übergehen müsse, sagte die Frau eines Schwerverletzten.

Es sei beschämend, dass der Bundestag nicht einmal zu einer Trauerminute zusammenkam und offenbar auch ein offizielles Gedenken um jeden Preis vermeiden will.

So perfide solches Verhalten der Politiker moralisch gesehen ist, so verständlich ist es aus der Perspektive der Regierung: Bewusst soll damit vermieden werden, dass die Menschen in unserem Land Empathie mit den Opfern und in der Folge dann Wut

auf die Terroristen und ihre Helfer sowie Helfeshelfer empfinden.

Solche Wut könnte nämlich tatsächlich dazu führen, dass eine größere Menge an Bürgern ihre Angst überwindet, ihre Komfortzone verlässt und politisch aktiv wird – gegen jene, die den unkontrollierten, teilweise sogar illegalen Zuzug von Millionen an Migranten initiiert und ermöglicht haben.

Auf diese Weise verteidigen solche Politiker und die deren Interessen vertretenden Medien aber nicht nur ihre eigene Macht, sie lassen es nicht nur an Trauerkultur fehlen, [wie Alexander Kissler im „Cicero“](#) bemerkte, nein noch viel heftiger: sie bestrafen die Opfer mit der schlimmsten aller Strafen, die bereits die Antike kannte: der damnatio memoriae – der Auslöschung des Gedenkens an diese Opfer.

Wer auf diese Weise aus purem Eigen- bzw. Machtinteresse bereit ist, über Leichen zu gehen, der zeigt eine auffällige Komplizenschaft mit der Barbarei der Terroristen. Und hat moralisch jedes Kapital verspielt.

(Im Original erschienen bei philosophia-perennis.com)

» Siehe auch die PI-Beiträge [„So ehrt Polen Terroropfer Lukasz Urban“](#) und [„Merkel, dich wähle ich mein ganzes Leben nicht mehr!“](#)